

Hans-Eckehard **Bahr**

---

*Prof. Dr. Hans-Eckehard Bahr, geb. 1928, ist ordentlicher Professor für die Lehre von der handelnden Kirche an der Ruhr-Universität Bochum (Abt. Evangelische Theologie). 1966 versah er eine Gastprofessur in Chicago, 1966/67 lehrte er an der Universität Marburg. Von 1971 bis 1974 betreute er das Forschungsprojekt „Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens. Praktisch-theologische Friedens- und Partizipationsforschung“. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. zur politischen Theologie.*

## **Gewerkschaften und die Dritte Welt**

1. Die Verbesserung der Waffensysteme ist bis heute stärkste Triebkraft technischer Erfindungsgabe geblieben. Die Wissenschaft vom Krieg ist alt und erfahren. Eine wissenschaftliche Konflikt-Didaktik und Friedensforschung aber beginnt eben erst. \*) Sie muß das Unmögliche versuchen, nämlich dem klassischen

---

\*) Der neue Forschungsschwerpunkt der „Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ heißt: „Konflikte zwischen westeuropäischen Industrienationen und Entwicklungsländern und deren friedliche Überwindung“. Im Rahmen dieses Schwerpunkts hat das Team des Verfassers die Aufgabe der „Erforschung von Lernbedingungen, Aktivierungsmethoden sowie der pädagogischen Umsetzung im Lernbereich zu Schwerpunkt II: Überwindung von Unterentwicklung“.

Zusammenspiel von Militär und Wissenschaft ein total anderes Bündnis entgegenzusetzen: die Koalition von Wissenschaft und Friedenspolitik (*Georg Picht*).

1.1 Friedenspolitik, die mehr erreichen will als Waffenstillstand oder nur die Verringerung der waffentechnischen Vernichtungskapazitäten (= negativer Frieden), zielt ab auf Herstellung sozialer Gerechtigkeit und gleiche Verteilung der Macht (= positiver Frieden). Gleiche Teilhabe an allen politischen Entscheidungsprozessen sowie volle Partizipation an den materiellen und immateriellen Reichtümern der Erde — das jedoch verletzt die Interessen der Verwalter der großen Machtapparate; vor allem die Interessen der reichen Gesellschaften gegenüber den „Verdammten der Erde“ in der Dritten Welt.

1.2 Gibt es überhaupt politische Kräfte und Parteien, die stark genug sind, eine Friedenspolitik dieser Art durchzusetzen? Können internationale Zusammenschlüsse von Gewerkschaften die Speerspitze einer solchen Bewegung der Lohnabhängigen für eine neue, solidarische Weltinnenpolitik bilden?

2.1 1974 wandten sich Betriebsräte westdeutscher Firmen, deren Waffenproduktion nicht zuletzt in Länder der Dritten Welt exportiert wird, an Legislative und Exekutive. Sie baten — von einer strukturell bedingten Stilllegung bedroht — um Erhaltung der Arbeitskraft, also um Fortsetzung der Rüstungsproduktion. Sie baten unwillentlich, aber de facto um Fortsetzung der Unterdrückung lohnabhängiger Menschen in den armen Ländern. Wie kommt es zu solcher politischen Paradoxie?

2.2 Breite Bevölkerungsschichten der Bundesrepublik Deutschland, vor allem Angehörige der Unter- und der unteren Mittelschicht, sind von der Bewältigung der alltäglichen Lebensprobleme so beansprucht, daß sie für Fragen, die über ihre unmittelbare Reproduktionssphäre hinausgehen, nicht mehr aufnahmefähig sind.

Ohnmachtserfahrungen im Produktionsbereich, bedingt durch Betriebshierarchien, Arbeitsplatzunsicherheit, Statusangst usw. und Lebenssicherungsanstrengungen im Reproduktionsbereich, die ermüdende Einspannung in den Kampf um Grundbedürfnisse (Wohnen, Schlafen, Lernen, Spielen usw.) verstärken sich zu der allgemeinen Empfindung, an kommunalen, geschweige denn an internationalen Unfriedensstrukturen letztlich nichts ändern zu können.

Apathie solcher Qualität — also nicht zu Bewußtsein gebrachtes eigenes Leiden — führt unmittelbar auch zur Unempfindsamkeit gegenüber dem Leiden anderer. Solche Gefühlskälte gegenüber dem Hunger-Sterben in fremden Ländern und auf der Autobahn nebenan ist alles andere als moralisches Versagen, sondern eher der unbewußte Totstellreflex von Enttäuschten, deren soziale Ohnmacht eben nicht durch die Befriedigung endloser Entschädigungswünsche aufgehoben wird, sondern nur da, wo sie entsteht, im unmittelbar nahen Konfliktfeld selbst.

Offenbar lassen sich Arbeiter und Angestellte zwar aktivieren, wenn es um die Sicherstellung der eigenen materiellen Basis geht, wie in den spontanen

Streiks für höhere Löhne oder in den zunehmenden Aktionen gegen Mieterhöhungen. Bei nicht unmittelbarer Betroffenheit, wie in den Dritte-Welt-Aktionen und der Arbeit mit Randgruppen, trifft man jedoch fast nur noch auf Angehörige der sogenannten mittleren und oberen Mittelschicht.

3. *Schlußfolgerung 1:* Soziale Ohnmachtserfahrungen sind offenbar nur dann überwindbar, wenn die ohnmachtverursachenden Konflikte im unmittelbaren Nahbereich selbst (Arbeitsplatz usw.) in eigenen, schmerzvollen Widerstands- bzw. Lernhandlungen angegangen werden. Nur da, wo es gelingt, in kleinen, unmittelbar konfliktorientierten lokalen Befreiungsversuchen wenigstens einmal das Bewußtsein möglicher Autonomie und damit möglicher Sinnerfahrungen im Teilbereich herzustellen, könnte es zu einer aktiven Sensibilisierung für die Konflikte und Leiden anderer kommen. Fällig ist mithin:

*Schlußfolgerung 2:* Ein Lernen in den Konfliktfeldern der Ersten Welt als Voraussetzung einer Sensibilisierung für die Dritte Welt.

4.1 Für den Bereich Schule sind die Konsequenzen dann bereits deutlich. Die Schule selber soll von allen Betroffenen als unterentwickelte Institution zentral thematisiert werden. Begründung: In ihr geht es ja nicht um bloße Einübung (Spielraum) zukünftiger Geschichte, sondern um deren jetzigen Vollzug (Ernstfall).

Im Gegensatz zum hergebrachten Informations- und Anpassungslernen lassen sich, wenn Aktions- und Veränderungslernen angestrebt werden, folgende neue Dimensionen des Lernens stichwortartig nennen:

- a) Lernen, eigene Rechte (Bedürfnisse) zu erkennen und demokratisch (Gruppe) zur Geltung zu bringen, im Betrieb, Wohnbereich;
- b) nicht „Wissen um Frieden und Entwicklung“ (Meinungen), sondern Einübung in entsprechenden Lebensvollzug (Verhaltensänderung) im gesellschaftlichen Kontext;
- c) Lernen in aufgabenorientierten, interessengerichteten Gruppen, Lernsituation = soziales Handeln (sozialaffektive Orientierung statt primär kognitiver Orientierung), bedürfnisorientiertes Lernen (der Lernende ist Lernsubjekt), bezugsgruppenspezifisches Lernen (Schichtenproblematik), fundamentaldemokratische Kommunikation.

Überträgt man diese neuen Dimensionen des Lernens auf die vorgegebenen Lernsektoren und Konfliktfelder Familie, Schule, Betrieb, Massenmedien, Erwachsenenbildung und Kirche, so ergibt sich für den Lernbereich Schule als Aufgabe: Erkennen des Systems Schule als des primären Konfliktfeldes für den Schüler und Einübung in entsprechende konflikt-didaktische Praxis als Unterrichtsziel.

4.2 Für den *Betriebsbereich* aber ist weithin offen, wie soziales Lernen angestrebt, wie es politisch-pädagogisch vonstatten gehen soll.

Wie kann die systembedingte Fixierung auf lohnpolitisch quantifizierte Selbstbestimmungsbedürfnisse durchbrochen werden? Wohl nur durch entscheidend neuen Mitbestimmungszuwachs im Betrieb selbst, im primären Konfliktfeld der Arbeiter und Angestellten also. Fällig ist damit nicht nur das tariflich vorgesehene, oft gruppenegoistisch bleibende, defensiv-partikuläre Gleichziehen mit den jeweils davongelaufenen Mehrwertprofitmachern (= Parität und Partizipation unter der Voraussetzung untangierter Rahmenbedingungen des jetzigen Kapitalverwertungsprozesses), sondern darüber hinaus: das kreative Mitbestimmen über Betriebspolitik selbst, deren Organisierung, deren Investitionszielsetzung nach den Bedürfnissen der Lohnabhängigen.

a) Eine solche Politik des Betriebes durch die Betroffenen selber könnte — analog zur Schule — den entscheidenden Kompetenzerwerb aufgrund partieller Selbstbestimmung zustande bringen;

b) über die bloße Beseitigung schlechter Betriebsverhältnisse hinaus ist also die demokratische Durchsetzung neuer Investitionsprioritäten und Arbeitsplatzorganisation fällig, wenn Valenzen frei werden sollen für die Wahrnehmung der Produktionskonflikte in der Dritten Welt.

Diese Vorstellungen können freilich nicht so unbedarft generalistisch probiert werden. Wohl aber lassen sich exemplarische Versuche einer lokalen Realisierung in wachsender Zahl feststellen: Versuche von Beschäftigten der Rüstungsindustrie, den Export von Waffen an undemokratische Regime der Dritten Welt aktiv zu unterbinden. Hier, wo durch der eigenen Hände Arbeit Tod und Zerstörung in andere Länder getragen werden, wird sich in Zukunft erkennen lassen, ob Solidarität automatisch da aufhört, wo die Unsicherheit der eigenen Arbeitsplätze beginnt. (Viele einzelne Erfahrungen sind zusammengetragen in: H.-J. Benedict/H.-E. Bahr [Hrsg.], Eingriffe in die Rüstungsindustrie. Initiativen von unten. Sammlung Luchterhand 1975.)

*Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, geboren 1909 in Nikolajew (Rußland), ist ordentlicher Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Freien Universität Berlin. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften, wurde von den Nazis aus dem Staatsdienst entlassen und verhaftet und emigrierte 1935. Seit 1939 war er Dozent an verschiedenen amerikanischen Hochschulen. 1946/47 war er Sektionschef beim US-Hauptankläger für Kriegsverbrechen in Nürnberg. Von 1952 bis 1959 lehrte er an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. zur Parteiengeschichte und zur Futurologie.*

## **Gewerkschaftliche Globalstrategie und futurologische Politik sind nötig!**

In der Vergangenheit haben Gewerkschaften in der Regel ihre Aufgabe darin gesehen, entweder vor allem für die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiter, Angestellten und Beamten einzutreten, d. h. sich auf die Lohn- und Sozialpolitik zu beschränken, oder umgekehrt unter Hintanstellung dieser Aufgabe in erster Linie für die umfassende Emanzipation des Proletariats zu kämpfen, d. h. für die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft. Während es den Gewerkschaften nun in der Tat gelungen ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Massen erheblich zu verbessern, sind alle Versuche über einen mehr oder weniger demokratisierten Kapitalismus hinaus zu einem noch demokratischeren Sozialismus zu gelangen, immer wieder fehlgeschlagen. Das, was sich heute „sozialistisches Lager“ nennt, mag manche sozialen „Errungenschaften“ aufweisen — demokratisch und sozialistisch ist es doch wohl nicht.

An Zahl und Einfluß wuchsen die Gewerkschaften in dem Maße, wie die Klasse der Industriearbeiter absolut und relativ zunahm und dieses Industrie-proletariat immer mehr zu einer einheitlichen Klasse zusammenzuwachsen schien. So konnte *Marx* 1867 erklären, daß „die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung wächst“, aber „auch die Empörung der stets anschwellenden und ... geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“. Er konnte zugleich aber auch von der „beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten“ sprechen, „welche alle Vorteile dieses Verwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren“. Diesen Eckstein seines Denkens formulierte er nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, da in der Tat das Proletariat zahlenmäßig rasch anwuchs, seine Lage sich jedoch nur äußerst langsam zu verbessern begann.

Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. Die neueren wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen, vor allem die Automation, verurteilen das klassische Proletariat zum Niedergang. Zwar nimmt die Zahl der Lohnabhängigen zu, aber an die Stelle des Arbeiters an der Werkbank oder am Fließband tritt zusehends

der Aufseher und der Monteur, insbesondere aber auch der in den Dienstleistungsgewerben oder in der Verwaltung tätige Angestellte oder Beamte, Techniker oder Lehrer. Damit differenziert sich aber diese sogenannte Arbeitnehmerklasse. Sie wird immer zahlreicher, zugleich aber auch immer differenzierter, womit sich das Problem einer einheitlichen Aktionsfront und Organisation immer schärfer stellt. Dieser Trend wird wohl auch in Zukunft anhalten. Alsdann kann man aber kaum erwarten, daß der ursprüngliche Kern dieser Klasse, die Industriearbeiterschaft, die schon rein zahlenmäßig immer mehr zurückgehen wird, ein immer stärkeres revolutionäres Klassenbewußtsein entwickeln wird, wie es Marx und seine Schüler erwartet haben bzw. immer noch erwarten. Die Hindernisse für eine solche revolutionäre Entwicklung sind natürlich bei der großen Masse der Angestellten und Beamten, der Techniker und der Intelligenz noch erheblich größer. All das gilt im Prinzip für alle hochindustrialisierten und sich rasch industrialisierenden Gesellschaften. In Deutschland kommt noch hinzu, daß hier die Arbeiterbewegung seit 1914 die furchtbarsten Katastrophen durchlebt und die fatalsten Niederlagen erlitten hat. Zwei Weltkriege, Inflation und Hunger, Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen und furchtbarster Massenterror seitens der unmenschlichsten Diktatur aller Zeiten haben dem älteren Arbeiter das Rückgrat gebrochen. Und das ist nur die eine Seite der deutschen Entwicklung. Zur Domestizierung kommt nämlich noch hinzu die Pazifizierung als Folge der Dauerkonjunktur der letzten Jahre. Man kann daher sehr wohl verstehen, daß ein nicht mehr ganz junger Familienvater, der all das durchgemacht hat, nicht mehr so leicht das bißchen Wohlstand und Sicherheit, das er sich so mühsam erarbeitet hat, aufs Spiel zu setzen wagt — insbesondere auch angesichts der Tatsache, daß der Sozialismus jenseits der sogenannten Demarkationslinie alles andere als anziehend ist.

Als Interessenvertretung der Lohn- und Gehaltsempfänger spüren die Gewerkschaften, daß sie nicht einfach allen Wünschen der Kapitalmagnaten und der Plütobürokratie nachgeben können. Solange immer noch ein Interessengegensatz zwischen Unternehmern und den sogenannten Arbeitnehmern bestehen bleibt, müssen sich die Gewerkschaften bei Strafe des Unterganges für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder und Anhänger einsetzen. In einer durchpolitisierten Gesellschaft, die immer wieder von Inflation, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung bedroht ist, können sie sich aber doch wohl kaum auf die Lösung lohn- und sozialpolitischer Aufgaben beschränken.

Sollten sie das versuchen, so würden sie damit nur hinter der Inflation und der, sei es konjunkturellen, sei es strukturellen Arbeitslosigkeit herlaufen. Wenn *Otto Brenner* schon im September 1965 erklären konnte, daß „die Gewerkschaften kein Parteiersatz sind und sein wollen“, so mag das seine historischen Gründe gehabt und dem damaligen Bewußtseinsstand entsprochen haben. Wie weit das aber für alle Zukunft gelten wird, dürfte eine Frage sein. Sicherlich sind

die Gewerkschaften kaum geeignet, überlieferte Funktionen der Parteien wie etwa die Patronage einfach zu übernehmen. In dem Maße aber, in dem die Linksparteien die historische Aufgabe der Weiterentwicklung der Demokratie mittels permanenter Strukturreform oder auch gewaltloser, d. h. friedlich-parlamentarischer „Revolution“ vertagen zu müssen glauben, werden gerade die Gewerkschaften als die Organisationen, die die Interessen der Massen der Bevölkerung vertreten, kaum umhin können, Strukturreformen immer wieder zu überdenken und zu propagieren. Kein Geringerer als Brenner hat das selbst angedeutet, als er die Aufgabe der Gewerkschaften darin sehen wollte, „den demokratischen Parteien zu sagen, was die Arbeitnehmer von ihnen erwarten. Das gilt für Krieg und Frieden ebenso wie für die Wiedervereinigung oder für die Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik ohne Rücksicht darauf, ob wir damit bei den einen Unwillen erregen oder von anderen Beifall erhalten“.

Das heißt aber auch, daß die Gewerkschaften ihr Verhältnis zu allen Parteien ganz unsentimental und rational überprüfen müssen. Immer weniger können sie sich von diesen Parteien die Grundlinien ihrer Politik vorschreiben und ihr Operationsfeld einengen lassen. Wenn etwa die SPD nicht mehr als Arbeiterpartei im traditionellen Sinne gelten will, sich vielmehr stärker als eine an alle Schichten appellierende Volkspartei versteht, so wird damit die altüberlieferte enge Verflechtung von Gewerkschaft und Partei problematischer werden.

Hinzu kommt noch, daß die Parteien schon längst zu Quasi-Staatsinstitutionen geworden sind. Damit verdienen nun aber auch außerparteiliche Gruppierungen der verschiedensten Art verstärktes Interesse und sogar mehr Förderung seitens der Gewerkschaften. Zu solchen Gruppierungen wären etwa zu rechnen die verschiedenen kirchlichen Oppositions- und Erneuerungsbewegungen sowie aber auch eine ganze Reihe von Jugend- und Studentenorganisationen verschiedenster Observanz sowie schließlich solche „Kulturorganisationen“ wie etwa die Humanistische Union oder auch pazifistische und ähnliche Gruppierungen.

Sie alle haben in den letzten Jahren mehr oder weniger erfolgreich gegen die Entdemokratisierung angekämpft. Was immer man sonst gegen sie einwenden mag (und es gibt sicherlich beachtliche Einwände!), schon aus diesem Grunde verdienen sie zumindest von Fall zu Fall eine, wenn auch nicht unkritische, so doch entschiedene Unterstützung seitens der Gewerkschaften, die sich hier einfach über die Vorurteile des normalen Bürgers erheben müßten.

Nicht minder bedeutsam wäre aber auch eine Neuorientierung gegenüber jenen kommunistischen Parteien und Gewerkschaften im Westen, die sich von der totalitären Hypothek der Vergangenheit zu befreien suchen. Wir denken dabei etwa an Parteien wie die in Italien oder Schweden. Daher wäre die Möglichkeit einer Einheitsfront auch mit großen, zum Teil von solchen Parteien, zum Teil aber auch links-sozialistisch geführten Gewerkschaften im Westen immer wieder ernsthaft zu erwägen. Am Abschluß einer solchen Entwicklung mag dann sogar

die Bildung einer weltumfassenden neuen einheitlichen Gewerkschaftsinternationale stehen, in der die Gewerkschaften des Westens mit denen in der Dritten Welt und vielleicht sogar eines Tages auch mit einigen Gewerkschaften in einigen Ostblockländern zusammengehen würden. Zugleich dürfte sich auch der alte Gegensatz zwischen freien und sozialistischen Gewerkschaften einerseits und christlichen Gewerkschaften andererseits verringern lassen — die Entwicklung in Frankreich weist sicherlich in diese Richtung.

Weiter hätten sich die Gewerkschaften aber auch immer wieder zu fragen, ob sie nicht zusätzlich zur Vertretung der unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer auch die Interessen und Ideen jener Teile der Bevölkerung ernst nehmen sollten, die vor allem die Zukunft vertreten. Das wäre zunächst einmal die jüngere Generation der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die unbelastet vom Druck der Vergangenheit mehr in der Welt von morgen leben. Das wäre aber auch die Masse der Frauen, die vielleicht die Chance wahrnehmen werden, schon morgen ihre uralte Abhängigkeit abzustreifen und als gleichberechtigte Partner im Arbeitsleben eine neue Rolle zu spielen. Das betrifft aber auch jenen Teil der Studenten und Wissenschaftler, die als humanistische oder technische Intelligenz die Zukunft immer stärker mitgestalten werden.

So paradox es klingen mag, in den 80er Jahren wird vielleicht ein 30- bis 40jähriger Arbeiter der Stirn oft fortschrittlichere Gedanken hegen als ein 50- bis 60jähriger Arbeiter der Faust.

Die materiellen Interessen all dieser Gruppen und Schichten auf einen Nenner bringen zu wollen, wird sicherlich nicht leicht sein. Es geht ja dabei auch nicht nur um ihre Interessen als Arbeitnehmer, sondern auch immer mehr um ihre Interessen als Verbraucher, als Mieter, als Lernende, als Lehrende usw. Schließlich werden die Gewerkschaften selbst die Tagesinteressen solcher Schichten und Gruppen sinnvoll nur dann wahrnehmen können, wenn sie sie immer wieder in den Zusammenhang mit den großen Fragen eines neuen dynamischen Weltalters stellen. Die Gewerkschaften müssen also früher oder später (und besser früher als später!) eine neue Globalstrategie entwickeln und eine futurologische Politik über den Tag hinaus anvisieren. Es wird dabei ihre Aufgabe sein, den Deutschen klarzumachen, daß sicherlich wichtige Entscheidungen nach wie vor gerade in Deutschland fallen werden, daß aber auch die deutsche Politik in wachsendem Maße Bestandteil dessen werden muß, was man als Weltinnenpolitik charakterisiert hat. Die Verhütung von Kriegen und die Sicherung des Weltfriedens werden dabei ebenso das Schicksal jedes einzelnen bestimmen wie die Verhütung von Hungersnöten in der Dritten Welt oder die Sanierung der Umwelt.

Allzulange haben die Politiker im Inland wie im Ausland weitgehend von der Hand in den Mund gelebt. Sie begnügten sich damit, in der Tradition der guten alten Zeit die schwierigeren Fragen vor sich her zu schieben und sie nach überlieferten Faustregeln zu lösen. Immer noch haben sie kaum zur Kenntnis



genommen, daß inzwischen die verschiedensten Wissenschaften begonnen haben, Fragen der Umweltsanierung, der Entwicklungspolitik, der Friedenssicherung systematisch zu analysieren. Die Zukunftsforschung und -planung einschließlich der Umwelt- und Entwicklungsforschung kann gerade auch den Gewerkschaften, die ja nicht den Status quo verewigen wollen, die Möglichkeiten und Gefahren der Zukunft verdeutlichen helfen. Wäre es da nicht an der Zeit, daß auch die Gewerkschaften angesichts der Fülle neuer Probleme, die auch immer rascher auf uns zukommen, viel intensiver als bisher etwa Zukunftsforschung, aber auch Friedens- und Konfliktforschung, Umweltforschung und Entwicklungspolitik betreiben? Die Mittel hierzu müßten sich finden lassen, selbst wenn auf gewisse recht aufwendige, aber doch wohl wenig nachwirkende Repräsentativveranstaltungen verzichtet werden müßte. Gerade in der Bundesrepublik hat sich das, was man etwa als Zukunftsforschung oder Futurologie bezeichnet, noch kaum entwickelt und gerade hier besteht die Gefahr, daß sie Zukunfts- und Forschungsobjekt von Militärs und Industriemanagern wird, während man sie in den kommunistischen Ländern immer noch allzusehr in deren dogmatisches Lehrgebäude zu zwängen versucht.

Um so dringlicher ist es, daß die Gewerkschaften darangehen, Einrichtungen und Institute der verschiedensten Art zu fördern oder auch selber zu errichten, die der Lösung dieser Probleme im globalen Maßstäbe dienen würden. Es geht dabei immer mehr nicht nur um die Herausforderungen und Bedrohungen der Industrielwelt, sondern auch um die der anderen Welten, vor allem auch der sogenannten Dritten und Vierten Welt. Hier ist nicht der Ort, die Organisation des Forschungsprogramms solcher Einrichtungen zu umschreiben. Gesagt sei nur, daß der Geist, in dem sie wirken müßten, zwar zu jeder utopischen Illusion über die Zukunft kritische Distanz wahren, zugleich aber auch von jeder ideologischen Fixierung an die Vergangenheit frei sein sollte. Wenn es dabei auch nicht darum gehen kann, schon morgen einen idealen Sozialismus in der Welt zu verwirklichen, so dürfen die vorgegebenen Herrschafts- und Verhaltensmuster niemals als gottgegeben und ewig hingenommen werden. Je globaler und langfristiger die Gewerkschaften agieren, um so eher werden sie auch wieder eine Brücke zu allen vorwärtsdrängenden Kräften in der jungen Intelligenz und Wissenschaft zu schlagen vermögen. Hatte Marx in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Emanzipation des Menschen von der Verbindung der Philosophie als des Kopfes dieser Emanzipation mit dem Proletariat als seinem Herzen erträumt, so vermag vielleicht im letzten Viertel dieses Jahrhunderts eine neue Allianz von Arbeit und Wissen in West und Ost, Nord und Süd die Menschheit doch noch vor den schlimmsten Katastrophen zu bewahren.

*Prof. Dr. Immanuel Geiss ist ordentlicher Professor für Neuere Geschichte mit besonderem Schwerpunkt der Geschichte der sogenannten Dritten Welt an der Universität Bremen. Bisher hat er über deutsche Geschichte im Ersten Weltkrieg, afrikanische Gewerkschaften und Panafrikanismus gearbeitet, neuerdings auch über Probleme der modernen Revolutionsgeschichte.*

## **Gewerkschaften und Entwicklungsländer**

In der gegenwärtigen Global-Krise der Menschheit spielt das Verhältnis der industrialisierten Gesellschaften zu den Entwicklungsländern eine besondere Rolle, denn die Länder der sogenannten Dritten Welt wollen sich ja ebenfalls zu Industrieländern entwickeln, weil sie nur so glauben, die große Kluft zwischen armen und reichen Gesellschaften rasch ausfüllen zu können. Unter dem Druck einer gnadenlosen Bevölkerungsexplosion in zahlreichen Ländern, eines wachsenden Drucks auf die notwendig begrenzten materiellen und elementaren Ressourcen, wie Land und Wasser, stehen die meisten Entwicklungsländer vor kaum lösbaren Problemen. Die daraus notwendig entstehenden Spannungen führen, nach allen historischen Erfahrungen, zu schweren gewaltsamen Konflikten, die auf die Dauer auch die schon industrialisierten, bisher scheinbar politisch so stabilen Gesellschaften kaum unberührt lassen werden. Die sogenannte Energiekrise um die Jahreswende 1973/74 warf nur ein jähes Schlaglicht auf noch viel schwierigere Probleme der nächsten Zukunft.

Für die hier interessierende Fragestellung läßt sich aus der sehr komplexen Problematik nur eine wichtige Dimension herausgreifen: Eine der Hauptaufgaben einer künftigen Welt-Innenpolitik wird es sein, die großen, bisher noch weiter gewachsenen Unterschiede im Lebensstandard zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern rasch und wenigstens tendenziell so weit abzubauen, daß aus den verbleibenden Differenzen keine tödlichen Konflikte zu entstehen brauchen. Dazu sind allerdings zwei Voraussetzungen unvermeidlich: 1. Die Entwicklungs-Gesellschaften müssen ihrerseits die oft phantastischen sozialen Unterschiede im eigenen Land einigermaßen rasch und überzeugend einebnen, z. B. in Indien oder Lateinamerika. 2. Die industrialisierten Gesellschaften müssen von ihrem hohen Lebensstandard abgeben — in welcher Form dies geschehen kann, ist eine Frage politischer und ökonomischer Planung.

Der hohe Lebensstandard der gegenwärtigen Industrieländer ist, historisch gesehen, in einem rund 500 Jahre währenden Prozeß entstanden, u. a. auf Kosten der gegenwärtigen „Entwicklungsländer“, die zum Teil vor 500 Jahren wohlhabender waren als damals Europa, vor allem Indien. Seit rund 500 Jahren konnten die westlichen Staaten, erst recht seit Beginn ihrer Industrialisierung vor rund 200 Jahren, durch ihre politische und militärische Überlegenheit die Struk-

tur des Welthandels bestimmen, ausgedrückt vor allem in den „terms of trade“: niedrige Preise für Rohstoffe, hohe Preise für Fertigwaren, später Industriegüter. Wenn nicht alles täuscht, zeigt die Energiekrise von 1973/74 an, daß es mit der Vorherrschaft der Industrieländer in absehbarer Zeit vorbei sein wird. Nach dem Zerfall der Kolonialreiche zerfällt nun auch die Herrschaft über die „terms of trade“. Die Rückwirkungen werden einschneidend sein, gerade in den Industrieländern. Wenn der Wohlstand nicht mehr insgesamt steigt, allen Kriegen und Krisen zum Trotz, so werden die Kämpfe um die Verteilung des stagnierenden oder gar schrumpfenden Sozialprodukts in den Industrieländern heftiger werden bis hin zu inneren Konflikten, die nun erst recht die Wirtschaft ruinieren können. Heute gibt es zwei Möglichkeiten, auf *Baisse* zu spekulieren — von ganz rechts, wie es in der letzten großen Weltwirtschaftskrise die Faschisten taten, wie es heute die rechtsextreme Reaktion, verkörpert und angeführt von *Franz Josef Strauß*, tut, und von ganz „links“, gegenwärtig am extremsten von den diversen „maoistischen“ Gruppen praktiziert.

In dieser Situation kommt den Gewerkschaften der Industrieländer eine besondere Schlüsselstellung zu, schon weil sie auf Weltebene ungefähr eine Mittelstellung einnehmen. Sie repräsentieren im wesentlichen die Arbeiter- und Angestelltenschaft der Industrie, die zwar in ihrer eigenen Gesellschaft nicht gerade zur Spitze der Einkommenspyramide gehören; im Weltmaßstab jedoch gehört selbst das moderne Industrieproletariat seit seinem Entstehen ins obere Drittel der Einkommenspyramide, zwar ans untere Ende, aber eindeutig des oberen Drittels. Im Vergleich zu den Massen der agrarischen Länder genießen die Arbeitnehmer der Industrieländer, auch der kommunistischen, einen unerhört hohen Lebensstandard.

Die Erfahrungen aus der Geschichte, wie eine nüchterne Analyse der gegenwärtigen Weltlage, lassen erkennen, daß das Ende dieser Einkommensverteilung auf Weltebene in absehbarer Zeit eintreten wird. Grundsätzlich sind zwei Formen denkbar — ein politisch geregelter Prozeß, der vollständig friedlich verläuft, oder ein Festhalten der Besitzenden, so lange sie können und mit allen Mitteln, wie Krieg und Gewaltanwendung, wie seit 1945 immer wieder praktiziert. Die erste Form würde auf eine freiwillige und globale Preisgabe von Privilegien und Machtpositionen hinauslaufen — ein in der Geschichte bisher unbekannter Vorgang, gar schon in den notwendig gewordenen globalen Ausmaßen. Die zweite Form würde auf ein Chaos von Konflikten hinauslaufen, den Krieg aller gegen alle — nach allen historischen Erfahrungen bisher leider die größere Wahrscheinlichkeit.

Die Schlüsselstellung der Gewerkschaften ergibt sich aus der schon genannten Mittel- und Mittlerposition der Industriearbeiter und -angestelltenschaft: Aus dem Stagnieren oder gar Sinken des Wohlstands für die Industrieländer, das uns demnächst vermutlich ins Haus steht, lassen sich rechts- wie linksextreme Kon-

Sequenzen ziehen, jeweils unter Berufung auf die „Massen“, ohne daß es so möglich wäre, sich um die entscheidende Konsequenz im Verhältnis zur „Dritten Welt“ heranzudrücken — Umverteilung des Wohlstands zugunsten der Entwicklungsländer, so oder so, freiwillig oder gezwungen.

Die freiwillige Umverteilung aus freier Einsicht, solange die Zeit noch reicht, würde jedoch einen Verzicht auf wachsenden Wohlstand, gar Stagnieren oder Sinken der Lebensstandards unvermeidlich machen. Auch dann wären die Rückwirkungen logisch abzuleiten und tiefeinschneidender Natur: Die Arbeiter und Angestellten werden dem Konsumverzicht als Folge einer wirklich solidarischen Entwicklungspolitik nur freiwillig zustimmen, wenn auch andere Gruppen der Gesellschaft entsprechende Opfer auf sich nehmen. Da die Kräfte, die Kapital besitzen oder über es verfügen, nach allen historischen Erfahrungen am ehesten in der Lage sind, sich um Lasten zugunsten des Allgemeinwohls zu drücken (Steuerflucht, Steuerhinterziehung, Subventionsschwindel, Abwälzen auf Preise usw.), wird sich rasch erweisen, daß die einfachste und gerechteste Form zur Verteilung der Lasten aus der neuen Weltsituation die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel und Finanzierungsinstitute (Banken, Versicherungen) sein wird. Mit anderen Worten: Sozialisierung als Voraussetzung der Lösung gesellschaftspolitischer Aufgaben im Weltmaßstab, aber auch zur Erhaltung der Stabilität in unserer eigenen Gesellschaft.

Die Gewerkschaften könnten durch politische Aufklärungsarbeit über die wahre Lage der Industriearbeiter und -angestelltenschaft in der Welt von heute und morgen, über ihre langfristig und unter einem wirklich globalen oder internationalen Horizont definierten Interessen die Voraussetzungen für eine solche Politik schaffen helfen. Ihre Erfahrungen aus der eigenen Geschichte in nationalem und europäischem Rahmen und ihre Verbindungen gerade zu Gewerkschaften in den Entwicklungsländern könnten ihnen den Blick für die notwendigen Perspektiven und Konsequenzen schärfen. Andererseits würde der relative Wohlstand, den die Gewerkschaften im Augenblick (noch) kollektiv repräsentieren, eher die notwendigen Mittel für eine solche Aufklärungskampagne an die Hand geben.

Leitlinie müßte die Einsicht in die kommenden Veränderungen der Weltstruktur sein — das Ende der ökonomischen und politischen Herrschaft der industrialisierten kapitalistischen Länder. Die politische Herrschaft des Westens ist bereits mit dem Untergang des europäischen Kolonialimperialismus, zuletzt des portugiesischen, und mit der politischen und moralischen Selbstdiskreditierung der USA in Vietnam und Kambodscha zu Ende gegangen; die ökonomische Herrschaft, angezeigt im Umkippen der „terms of trade“, seit 1973 erstmalig und vermutlich unwiderruflich auf Dauer, geht in absehbarer Zukunft zu Ende. Die Umverteilung des Wohlstands auf Weltebene wird also ohnehin kommen, so oder so. Das bornierte Festhalten an den überkommenen Privilegien wird die

chaotische und gewaltsame Umverteilung nur um so sicherer provozieren. Der Beginn zur Umverteilung aus freier Einsicht in die Notwendigkeiten der zukünftigen Weltgesellschaft eröffnet wenigstens die Chance, die Umverteilung mit einem Minimum an wirtschaftlichem und politischem Chaos durchzuführen, so schmerzhaft die unmittelbaren Folgen der Umstellung für verschiedene Gruppen oder Gesellschaften kurzfristig auch sein mögen, wie noch bisher bei allen ökonomischen Wandlungsprozessen.

Von den kapitalbesitzenden Arbeitgebern, den bisherigen Hauptprofiteuren des Industrialisierungsprozesses, ist eine solche sozialpolitische Einsicht unter weltpolitischem Verantwortungsbewußtsein nicht zu erwarten, jedenfalls auf Grund bisheriger Erfahrungen mit ihnen nicht. Die Politiker haben bisher die große Angst, eine Politik der Einschränkungen könnte sie unbeliebt machen und zum Verlust von Wahlen führen. Die Gewerkschaften sahen bisher ihre Aufgabe vor allem in der materiellen Sicher- und Besserstellung der von ihnen vertretenen Schichten, meist recht kurzfristig definiert. Es läge durchaus in der Logik ihrer bisherigen Entwicklung, wenn sie aus ihrem überwiegenden Denken im möglichst permanenten Anwachsenlassen von Löhnen, Gehältern, sozialer Sicherheit usw., kurz des steigenden Wohlstands für ihre Mitglieder und die von ihnen vertretenen Gruppen ausbrechen und zu einer gereiften, weil in sich gebrochenen Definition gewerkschaftlicher Interessen kommen würden — in einer sich demnächst rapide, ja revolutionär wandelnden Welt läßt sich der Wohlstand der Industriegesellschaften langfristig nur einigermaßen erhalten, wenn sie selbst rasch und viel abgeben. Welthistorisch gesehen wäre der freiwillige Verzicht ohnehin nur ein Stück Wiedergutmachung für alle die Gewinne, die die Industrieländer in der Vergangenheit aus der sogenannten „Dritten Welt“ auf heute gern verleugnete Weise gezogen hatten — Sklavenhandel und Sklaverei, Ausplünderung der Kolonialländer, u. a. durch das Diktat der „terms of trade“ zugunsten des Westens.